

XXII. GP.-NR**387 /J****2003 -05- 08****A N F R A G E**

der Abgeordneten Mag. Hoscher, Kurt Eder und GenossInnen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Verkauf von Bundeswohnungen

Dem „Kurier“ vom 8. Mai 2003 ist zu entnehmen, dass im geplanten Verkauf der Wohnungen der ehemaligen Gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften des Bundes der nächste Akt über die Privatisierungsbühne gehen soll. Offenbar soll – ähnlich wie bei der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) – vom Plan abgerückt werden, gegenständliche Wohnungen zu günstigen Konditionen an Mieter zu verkaufen. Laut Pressemeldungen sollen die rund 62.000 Wohnungen an Investoren verkauft und vorerst bei der BIG bzw. der ÖIAG „zwischengeparkt“ werden. Dies sei vom Ministerrat bereits beschlossen worden.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen in diesem Zusammenhang daher nachstehende

Anfrage:

1. Wie lautet der zitierte Ministerratsbeschluss im Detail?
2. Was bedeutet in diesem Zusammenhang ein „Zwischenparken“ bei ÖIAG bzw. BIG?
3. Werden ÖIAG bzw. BIG für dieses „Zwischenparken“ ein Entgelt zu entrichten haben?
4. Wenn ja, an wen und in welcher Höhe?
5. Mit welchem Verkaufserlös für die gegenständlichen Wohnungen rechnet das Bundesministerium für Finanzen?
6. Sind entsprechende (Teil)Beträge bereits budgetiert?
7. Wenn ja, in welcher Höhe?
8. Ist sichergestellt, dass in Zukunft die Mieten für die betreffenden Mieter nicht steigen werden?
9. Ist sichergestellt, dass in Zukunft die Erhaltungsbeiträge für die Mieter nicht steigen werden?
10. Aus welchem Grund wird von der ursprünglichen Zielsetzung abgegangen, die gegenständlichen Wohnungen zu leistbaren Preisen an die Mieter zu verkaufen?